

Sitzungsperiode 2020-2021
Sitzung des Ausschusses IV vom 9. Juni 2021

FRAGESTUNDE*

- **Frage Nr. 712 von Herrn NELLES (CSP) an Minister ANTONIADIS zur Unsicherheit in Teilen der Bevölkerung zur Wirksamkeit von Corona-Impfstoffen**

Die hiesigen Medien berichteten Anfang Juni, dass sich sämtliche Corona-Kennzahlen in Belgien sehr positiv entwickelten. Die rückläufige Entwicklung betreffe sowohl die Krankenhausaufenthalte, die Zahl der Corona-Intensivpatienten, die Zahl der Sterbefälle wie auch die Zahl der Neuinfektionen.

Laut Gesundheitsexperte Van Laethem hätten bereits bis zum 31. Mai 4,6 Millionen Menschen, d.h. 50,6% der erwachsenen Bevölkerung in Belgien, eine erste Impfung erhalten. 2,14 Millionen hätten bereits eine zweite Impfung erhalten. In der DG sind bereits 60% der Erwachsenen gegen das Coronavirus erstmalig geimpft. Dass es viele Impfwillige in der DG gibt, ist zu begrüßen. Gesundheitsminister Antoniadis begrüßte sogar die Diszipliniertheit der Einwohner der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Allerdings haben noch lange nicht alle Impfwilligen an einer ersten Impfung teilgenommen.

Die jüngste Aufschlüsselung der Zahlen des Ministeriums der DG verdeutlicht, dass es innerhalb der verschiedenen Altersgruppen doch deutliche Unterschiede hinsichtlich der Impfbereitschaft gibt. So sind in der Altersgruppe der 50-70jährigen 20-30% noch überhaupt nicht geimpft. Dies könnte unter anderem darauf zurückzuführen sein, dass bislang die Impfwilligen nicht frei entscheiden können, welchen Impfstoff sie nehmen können.

Die Vorbehalte zahlreicher Impfwilliger betreffen vor allem den Impfstoff AstraZeneca. Der Corona-Impfstoff des britisch-schwedischen Konzerns ist vor allem wegen seltener schwerer Nebenwirkungen in Zusammenhang mit Thromboserisiken in die Kritik geraten.

Die europäische Arzneimittelbehörde EMA hatte zunächst widersprüchliche Aussagen bezüglich der Anwendung von AstraZeneca und dem Zusammenhang zwischen Vorfällen mit Blutgerinnseln im Gehirn gemacht, um dieses dann uneingeschränkt freizugeben, da der Nutzen höher zu bewerten sei als die Risiken. Angesichts der, wenn auch nur geringen Risiken, haben viele europäische Länder beschlossen, den Impfstoff nur für die ältere Bevölkerung zu reservieren. In Belgien liegt die Altersgrenze bei 41 Jahren. Im Vereinigten Königreich wurde die Altersgrenze auf 40 Jahre festgelegt. In Griechenland ist AstraZeneca ab dem 30. Lebensjahr erlaubt. In Frankreich ab 55 Jahren. In Deutschland und den Niederlanden ab 60 Jahren. Und in Dänemark und Norwegen wird der Impfstoff überhaupt nicht mehr verabreicht. Auch in Belgien waren die Meinungen geteilt. Der Oberste Gesundheitsrat hatte empfohlen, das Mindestalter für AstraZeneca auf 50 Jahre

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

festzulegen. Die Gesundheitsminister (IMC) folgten der „*Vaccination Strategy Task Force*“, die 41 Jahre vorgeschlagen hatte.

Diese inkohärente Vorgehensweise hat sicherlich nicht zur Vertrauensbildung beigetragen. Das gleiche Spiel wiederholt sich jetzt mit dem Impfstoff von Johnson & Johnson, der mit der gleichen Technologie wie der von AstraZeneca hergestellt wird. Dänemark und Norwegen entschieden sich früh, den Impfstoff nicht zu verwenden. Andere Länder wenden unterschiedliche Altersgrenzen an. Erst nachdem eine ausländische Frau nach der Impfung mit diesem Impfstoff an einem Blutgerinnsel gestorben war, beschloss Belgien am 26. Mai eine Altersgrenze einzuführen. Bei jüngeren Menschen wird der Impfstoff jedenfalls noch nicht eingesetzt. Er wird bewusst für die Heimimpfung von älteren Menschen und für prekäre Gruppen, wie Obdachlose und Menschen ohne Papiere, eingesetzt, da es für letztere viel schwieriger ist, zwei Dosen zu verabreichen.

Die Tatsache, dass es laut Medienberichten nachweislich immer wieder in Brüssel oder in der Wallonie möglich war, unter Umgehung der geltenden Eintragungsbestimmungen, seinen Impfstoff selbst zu wählen, hat sicherlich zusätzlich noch zur weiteren Verunsicherung beigetragen.

Selbst wenn es sich bei den vorgenannten Vektorimpfstoffen um sehr wirksame Impfstoffe handeln soll, die den Vergleich mit mRNA-Impfstoffen nicht zu scheuen brauchen, so sollten doch die Ängste zahlreicher Mitbürger nicht einfach vom Tisch gefegt werden. Unser aller Ziel sollte sein, schnellstmöglich einer größtmöglichen Zahl von Impfwilligen den Zugang zu dem Impfstoff zu gewähren, den sie haben möchten und dies ganz unabhängig vom Alter oder der Alterskategorie, in der sie sich befinden.

Die Altersgruppe der über 50jährigen gehört teils zur Hochrisikogruppe. Dies sollte man unbedingt bedenken. Mittlerweile haben alle unterdreißigjährigen das Angebot zur Erstimpfung erhalten. Da sicher außer Zweifel steht, dass man darauf hinarbeitet, dass möglichst viele Menschen geimpft werden, um eine Herdenimmunität zu erreichen, ist es nun absolut an der Zeit, so viele impfwillige Menschen, die der Impfaufforderung noch nicht nachgekommen sind, zu überzeugen, indem man ihnen den Zugang zu dem Impfstoff gewährt, in den sie Vertrauen haben.

Daher meine Fragen:

- *Ist Ihnen bekannt, dass in den Anlaufstellen der DG Anfragen von Impfwilligen vorliegen, die beantragen, mit einem anderen Impfstoff geimpft zu werden als mit AstraZeneca oder Johnson & Johnson?*
- *Wann ist mit einer Änderung der Impfstrategie zu rechnen, die eine freie Wahl des Impfstoffes ermöglichen wird?*

• **Frage Nr. 713 von Frau KEVER (SP) an Minister ANTONIADIS zur Auszahlung der Corona-Prämie an Personal in den WPZs der DG, das nicht direkt beim Haus, sondern über eine Drittfirma angestellt ist**

Am 26.05.2021 berichtete das GrenzEcho, dass Reinigungskräfte aus fünf Krankenhäusern des Landes, die über externe Firmen für diese Einrichtungen arbeiten, ihrem Unmut darüber keine Corona-Prämie erhalten zu haben, bei einer Demonstration Luft gemacht haben. Ihre Forderung an den föderalen Gesundheitsminister Vandenbroucke ist, diese immerhin fast 500€ netto genauso wie ihre festangestellten Kollegen zugesprochen zu bekommen, schließlich ist die gleiche – in der sanitären Krise so wertvolle – Arbeit verrichtet worden. Der einzige Unterschied ist eben der, dass etwa 1000 Personalmitglieder im Reinigungsbereich nicht fest in den Krankenhäusern angestellt, sondern über externe Firmen dort beschäftigt sind und somit besagte 985€ brutto nicht erhalten haben.

Selbstredend ist die im letzten Jahr vom Föderalstaat zugesprochene Corona-Prämie an Krankenhauspersonal keine Zuständigkeit der DG und kann somit nicht Gegenstand einer Frage zur Regierungskontrolle sein.

Allerdings lässt sich der Umstand, dass nicht alle Personen, die in einer Institution im Gesundheitsbereich arbeiten, dort auch fest angestellt sondern über Drittfirmen (Zeitarbeitsfirmen u.Ä.) in diesem Rahmen tätig sind, vermutlich durchaus auf die Situation in den WPZs der DG anwenden.

Im letzten Jahr wurden bekanntlich auch in der DG Corona-Boni an das Personal der WPZs ausgezahlt.

Deshalb habe ich mir folgende Fragen gestellt, die ich gerne an Sie, Herr Minister Antoniadis, richten möchte:

- *Auf wie viele Reinigungspersonalmitglieder in den WPZs in der DG trifft zu, dass sie nicht im Haus selbst angestellt sind, sondern ihre Tätigkeit über externe Firmen zur Verfügung gestellt wird?*
- *Gibt es noch andere Berufsbilder, die über Drittfirmen in den WPZs der DG arbeiten und nicht direkt bei den Häusern angestellt sind?*
- *Wurden alle Personalmitglieder, die für die durch die DG ausgezahlte Corona-Prämie in Frage kommen – seien sie nun fest angestellt beim Haus selbst oder auch bei einer Drittfirma – bei der Auszahlung berücksichtigt?*

• **Frage Nr. 714 von Frau KEVER (SP) an Minister ANTONIADIS zur Rekrutierung eines Kinder-Jugend-Psychiaters in der DG**

In der Regierungskontrolle vom Februar 2021 habe ich Ihnen, Herr Minister Antoniadis, eine Frage zur Belegungssituation der beiden Kinder- und Jugendpsychiatriebetten, die im Klinikum Aachen für junge Menschen aus der DG reserviert sind, gestellt.

Im Rahmen Ihrer Antwort auf diese Frage, erwähnten Sie, dass ein Ausschreibungsverfahren für eine(n) Kinder- und JugendpsychiaterIn für die Deutschsprachige Gemeinschaft im Gange war.

Ich würde diese Thematik an dieser Stelle gerne noch einmal aufgreifen und mich über den aktuellen Stand der Dinge in dieser Sache erkundigen.

- *Konnte das Einstellungsverfahren für eine(n) Kinder- und JugendpsychiaterIN für die DG erfolgreich abgeschlossen werden?*
- *Wie ist die Stelle aktuell besetzt (Stundenkontingent, Einsatzbereich, Modalitäten)?*
- *Wie viele Bewerbungen auf diese Stelle waren eingegangen?*

• **Frage Nr. 715 von Frau VOSS-WERDING (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zum Brandschutzgutachten für Einrichtungen für Menschen mit Beeinträchtigung**

In der letztjährigen Diskussion zur Verabschiedung des Programmdekrets wurde das Thema der Brandschutzgutachten für Einrichtungen für Menschen mit Beeinträchtigung besprochen. Während der Beratungen dazu im Ausschuss habe ich Sie, Herr Minister, nach den eventuellen Konsequenzen für die Einrichtungen bei Nichteinhaltung der Frist gefragt. Die Feuerwehr kann unmöglich in der Lage sein, diesen administrativen Aufwand für alle Gebäude und Räumlichkeiten gleichzeitig zu leisten. Hier darf weder sie noch dürfen die betroffenen Einrichtungen unter Druck geraten. Darüber waren wir uns Ende 2020 ja schon einig.

Zum aktuellen Stand der Dinge in Sachen Anfertigung der Brandschutzgutachten für alle Einrichtungen lauten meine Fragen:

- *Wie viele Gutachten wurden schon von der Hilfeleistungszone ausgestellt?*
- *Falls die Frist nicht eingehalten werden kann, gibt es eine Gefahr für die Einrichtungen, ihre Anerkennung zu verlieren?*
- *Im Fall eines negativen Gutachtens (Mängel im Gutachten): Wer kommt für die Kosten für die anfallenden Renovierungsarbeiten auf?*

• **Frage Nr. 716 von Frau VOSS-WERDING (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zu Mobilitätsangeboten für Personen mit Beeinträchtigung**

Die Mobilitätsangebote in der DG sind sehr vielfältig. Von der Stundenblume, bis hin zur Krebshilfe über den Josephine-Koch-Service, Fahrdienst Eifel-Süd und den Seniorendienst Kettenis - um nur einige zu nennen - wird mir immer wieder bewusst: Wie gut, dass wir das Ehrenamt haben! Ohne die zahlreichen Engagierten und ohne dieses hohe Maß an Solidarität, wären einige Bereiche des sozialen Lebens fast gar nicht zu stemmen.

Auch dieses Angebot hat Lücken, die es gilt auszufüllen. In dem bestimmten Fall meiner Frage geht es vielleicht aber auch nur um einen Mangel an Kommunikation oder Werbung:

- *Gibt es in der DG spezifische Mobilitätsangebote für Personen mit physischen Beeinträchtigungen, die keinen herkömmlichen Pkw benutzen können?*
- *Wenn ja, ist die gesamte DG von Ouren bis Kelmis durch diese Mobilitätsangebote abgedeckt?*
- *Sind diese Angebote auf für jeden Bürger erschwinglich?*

• **Frage Nr. 717 von Frau SCHOLZEN (ProDG) an Minister ANTONIADIS zum Pflegefamilienmangel im Süden der DG**

Das Grenzecho berichtete am 18. Mai darüber, dass der Pflegefamiliendienst zurzeit gezielt im Süden der DG auf der Suche nach Pflegefamilien sei. Für die gesamte DG habe der Dienst dieses Jahr bereits acht Anfragen erhalten.

Der angebotene Vorbereitungskurs für Bewerber, die ein Kind entweder als Pflegefamilie oder als Patenfamilie bei sich aufnehmen möchte, sei im Frühjahr allerdings vorwiegend von Menschen aus dem Norden der DG belegt worden. Während es im Süden der DG zwar nicht denselben Bedarf gibt, wie es ihn im Norden gibt, existiert hier dennoch.

In vielen Fällen ist es wichtig, das Kind nicht aus seinem gewohnten Umfeld zu entfernen. Um später wieder in der eigenen Familie untergebracht werden zu können, weiterhin in der eigenen Schule zu bleiben, seinem Hobby nachgehen zu können, und seine Freunde zu sehen. Eine Unterbringung in der näheren Umgebung hat also viele Vorteile!

Daher lauten meine Fragen an Sie:

- *Was kann die DG tun um dem Bedarf im Süden der DG gerecht werden zu können?*
- *Hat es in der Vergangenheit Fälle gegeben, in denen ein Kind nicht „vor Ort“ untergebracht werden konnte?*

• **Frage Nr. 718 von Herrn GROMMES (ProDG) an Minister ANTONIADIS zur VoG Kathleos**

Seit dem 01. Februar diesen Jahres hat die Kelmiser Seniorenresidenz Leoni nach rund vier Jahren Bauzeit ihre Arbeit aufgenommen. Eine 2017 auf dem Wege gebrachte engere

Zusammenarbeit zwischen dem Katherinenstift Astenet und dem Haus Leoni in Kelmis konnte somit umgesetzt werden. 60 neue Betten und 15 betreute Wohnungen wurden in der Göhlgemeinde geschaffen. Im Erdgeschoss hat Kaleido schon seit Dezember letzten Jahres eine neue Bleibe gefunden.

14 Millionen € investierte die Interkommunale INAGO und 2 MIO die als Träger auftretenden VoG Kathleos in dieses Projekt.

Die VoG Kathleos entspringt einer Fusion aus öffentlichen und privaten Kompetenzen. Sie wurde 2017 gegründet und besteht aus den Gemeinden Kelmis Lontzen, sowie deren Sozialhilferäten, dem Katherinenstift Astenet und der Interkommunalen Inago. Die Zusammenarbeit beider Häuser beherbergt viele Vorteile und wurde von vielen Verantwortlichen als große Chance für Ostbelgien gelobt.

Bei der am die am 23 Juni stattfindenden Generalversammlung Kathleos wird die Rechnungslegung und Haushaltsplanung der nächsten Jahre sicherlich auch, aber nicht nur Koronabedingt nicht positiv ausfallen. Das zu erwartende Defizit der nächsten Jahre wird seitens der Träger zu übernehmen sein.

Hierzu meine Fragen:

- *In wie weit ist die Deutschsprachige Gemeinschaft in diesem Projekt impliziert?*
- *In wie weit unterstützte oder unterstützt die Deutschsprachige Gemeinschaft dieses Projekt?*

• **Frage Nr. 719 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zu Corona-Ausbruch in Altenheimen**

Laut dem WDR vom 18.05.21 haben sich 23 Menschen, somit fast ein Drittel der 65 Bewohner eines Altenheims in Spenge trotz zweimaliger Impfung mit Biontech/Pfizer mit dem Coronavirus angesteckt.

Fast alle Bewohner und 80 % der Mitarbeiter waren geimpft.

Ein so großer Ausbruch hat den Spenger Hausarzt Marco Schwenker überrascht, zumal die zweite Impfung Anfang des Jahres stattfand.

Die infizierten Senioren haben leichte Symptome.

Das Heim in Spenge war zuvor gut durch die ersten Infektions-Wellen gekommen und Corona-frei geblieben. Für die Senioren gelten nun erstmal wieder strenge Hygienemaßnahmen: keine Besucher, keine Kartenspiele und keine Geselligkeit.

Auch in der DG hat es trotz der zweiten Impfung in den Wohn- und Pflegezentren erneut Ausbrüche von Corona-Infektionen gegeben, die zu "teilweise Schließungen" geführt haben.

Wir alle wissen, dass eine Corona-Impfung eine Infektion nicht ausschließt, der Verlauf einer Erkrankung bei Geimpften lediglich milder sein soll.

In diesem Zusammenhang lauten unsere Fragen:

- *In welchen Wohn- und Pflegezentren der DG wurden nach zweimaliger Impfung Corona-Ausbrüche gemeldet?*
- *Wie viele Bewohner wurden je Wohn- und Pflegezentrum infiziert?*
- *Fanden Krankenhausaufnahmen nach den Infektionen statt?*

• **Frage Nr. 720 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zu PCS-Tests gratis für nicht vollständig Geimpfte**

Am Freitag wurden im Konzertierungsausschuss die weiteren Maßnahmen für den Sommer festgelegt.

Es wurde unter anderem beschlossen, wie in Zukunft die PCR-Tests im Zusammenhang mit Auslandsreisen gehandhabt werden.

Schon vorab plädierte der Gesundheitsminister laut "Le soir" für die kostenlose Verteilung der Tests an Geimpfte. « Ils ont droit, selon moi, à un test peu onéreux ou gratuit mais pas ceux qui ont refusé la vaccination ».

Nun wurde im Konzertierungsausschuss beschlossen, dass "2 kostenlose PCR-Tests für nicht vollständig geimpfte Reisende" zu Verfügung gestellt werden.

Die Aussage der Gesundheitsministers Vandenbroucke vor dem Konzertierungsausschuss, dass allgemeine Gratis-Test aus finanziellen und personellen Gründen abgelehnt würden und das Impfen eine Frage der Solidarität darstelle und wer ein Impfangebot nicht annehme auch keinen PCR-TEST geschenkt bekomme, ist Diskriminierung.

Laut dem Nieuwsblad vom 05.06.21 befürchtet die Unia eine "indirekte Diskriminierung" durch kostenlose PCR-Tests. So würde die Impfung auf Umwegen zur Pflicht"

Dem können wir uns nur anschließen und wir haben dies in diesem Hause schon oft thematisiert. Ein Großteil der Menschen lässt sich einzig und allein impfen, weil sie glauben damit ihre Freiheiten wieder zurückzugewinnen und dies wird durch das kostenlose Bereitstellen dieser PCR-Tests noch bestärkt.

Wobei ich betonen möchte, dass Grundrechte, Grundrechte sind, die ohne Unterschiede jedem Bürger gewährt werden müssen.

Auf die Sinnlosigkeit von PCR-Tests, die keine Infektion von SARS-COV-2 nachweisen können und die diesbezüglichen Studien, werde ich heute nicht schon wieder eingehen.

Diesbezüglich meine Fragen:

- *Wie positioniert sich die DG-Regierung zu dieser neuerlichen Regelung, dass PCR-Tests nur den Geimpften kostenlos zur Verfügung gestellt wird?*
- *Welche Alternativen gibt es für Menschen, die sich vorerst nicht impfen lassen wollen oder können (wie im Falle von Menschen, wo eine zweite Impfung aus gesundheitlichen Gründen abgeraten wird, da schon bei der ersten schwere Nebenwirkungen auftraten oder im Falle von Menschen die über ein limitiertes Budget verfügen, sich aber durch die vielen Nebenwirkungen der Impfung nicht impfen lassen wollen?)*

• **Frage Nr. 721 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS bezüglich Tod nach Impfung**

Die Nachricht vom dritten Todesfall nach der Johnson & Johnson-Impfung wirft Fragen auf.

Bei zwei der drei betroffenen Personen handelt es sich laut einer Meldung von RTL vom 20.05.2021 um Frauen, die beide zwischen 40 und 50 Jahre alt waren.¹

In diesem Pressebeitrag der RTBF hat man den Eindruck, dass unsere Regierung den Fall bagatellisiert, ich zitiere Yves Van Laethem: „Ces deux décès sont deux décès sur un nombre considérable de vaccinations.“

Am Mittwoch, den 26.05.2021 wurde ein dritter Todesfall bekannt.

Ich zitiere aus einem Artikel der VRT²: " D'après Wouter Beke un lien de cause à effet existe entre le vaccin et le décès".

Laut Presse handelt es sich hier um eine Frau unter 40.

¹ **RTL**info- <https://www.rtl.be/info/belgique/societe/deux-deces-probablement-lies-a-l-administration-d-un-vaccin-1300660.aspx>

² **VRT** **flandreinfo** - le vaccin J&J limité aux plus de 41 ans après le décès d'une femme en Belgique - <https://vrtnews.be/p.lOdak800o>

Hierzu ist zu bemerken, dass die Johnson & Johnson-Impfung in Europa zugelassen wurde, nachdem die amerikanischen Behörden eine vorübergehende Aussetzung der Impfungen empfohlen hatte. Bei sechs Menschen im Land waren nach der Impfung Sinusvenenthrombosen diagnostiziert worden.³

Statistisch gesehen scheint die Zahl gering, dies ist jedoch kein Trost für die Angehörigen, wurden die Betroffenen doch aus der Mitte Ihres Lebens gerissen.

Im Gegensatz hierzu erreichen die Toten, die wir seit mehr als einem Jahr durch Corona zu beklagen haben -laut offizieller Statistik- ein Durchschnittsalter, das immerhin über 80 liegt. Deren Lebenszeit wurde dementsprechend nur um einen Bruchteil verkürzt.

Laut Tagesschau vom 03.06.2021 ist die dänische Gesundheitsbehörde "zu dem Schluss gekommen, dass die Vorteile der Nutzung des Covid-19-Impfstoffs von Johnson & Johnson nicht das Risiko überwiegen, die negative Wirkung auszulösen". Daher wurde der Impfstoff von Johnson & Johnson aus dem dänischen Impfprogramm gestrichen.⁴

Wie Sie bereits wissen, steht die Vivant-Fraktion kritisch gegenüber Massenimpfungen mit diesen neuartigen mRNA- und RNA-Impfstoffen, die im Eilverfahren eine bedingte Zulassung erhalten haben. Die vermehrten Meldungen über Todesfälle und Nebenwirkungen scheinen unsere Skepsis zu bestätigen.

Meine Fragen:

- *Welcher Anzahl Menschen in Ostbelgien wurde bisher der Johnson & Johnson-Impfstoff injiziert?*
- *Im Hinblick auf das Alter der Verstorbenen, von denen zwei zwischen 40 und 50, die dritte unter 40 Jahre alt waren: Auf welcher wissenschaftlichen Grundlage basiert die Entscheidung, den Impfstoff nur noch den über 41-jährigen zu verabreichen?*
- *Basierend auf der Anzahl Todesfälle im Zusammenhang mit der Impfung und der Tatsache, dass alle Impfungen nur durch die von den Regierungen bewilligten Notzulassungen verabreicht werden: Ist es Ihrer Meinung nach nicht an der Zeit, die Impfkampagne auf Menschen zu beschränken, die zur Risikogruppe gehören?*

• **Frage Nr. 722 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zu den Spätfolgen einer Corona-Infektion**

Presseinformationen zufolge leiden gewisse Patienten an den Spätfolgen einer Corona-Infektion: Wiederkehrende Kopfschmerzen, extreme Erschöpfung und Konzentrationsschwierigkeiten werden dabei häufig genannt.

„Es geht um Personen, die mit dem Coronavirus infiziert wurden und Symptome aufweisen, die länger als vier Wochen andauern. Derzeit leiden mindestens zehn Prozent der Corona-Patienten nach sechs Monaten immer noch, und das schließt Menschen jeden Alters ein“⁵.

Hierzu meine Frage:

- *Sind solche Fälle auch in Ostbelgien bekannt?*
- *Informieren die ostbelgischen Anlaufstellen über dieses Phänomen?*

³ GE - Corona-Impfung: J&J verschiebt Europa-Start - Belgien auch betroffen - <http://www.grenzecho.net/53667/artikel/2021-04-13/corona-impfstoff-johnson-johnson-verschiebt-europa-start-belgien-auchbetroffen>

⁴ **Tagesschau** - Dänemark streicht J&J-Impfung aus dem Impfprogramm -

⁵ GE, 7.6.2021

• **Frage Nr. 723 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zur Corona-Impfung bei Jugendlichen**

Am vergangenen Samstag haben die Gesundheitsminister in Belgien auf Empfehlung der „Task Force“ Impfung und nach Begutachtung durch den Hohen Gesundheitsrat beschlossen, den Corona-Impfstoff in Zukunft auch 16- und 17-Jährigen anzubieten.⁶

Jeder und jede erhalte eine Einladung. Jugendliche mit den höchsten Risiken würden vorrangig behandelt. Der Impftermin könne gegebenenfalls verschoben werden, was im Rahmen der Ferienzeit sicherlich ein Entgegenkommen sein dürfte.

Derzeit habe allein der Impfstoff von BioNTech/Pfizer eine Zulassung für die Impfung von 16- und 17-Jährigen.

Unterdessen macht Deutschland bereits den Weg frei, auch Kinder ab 12 Jahren gegen Corona impfen zu lassen.⁷

Hierzu meine Fragen:

- *Ist mit einer weiteren Zulassung auch anderer Impfstoffe zu rechnen?*
- *Wird derzeit auf Landesebene darüber nachgedacht, ob künftig auch Kinder ab 12 Jahren gegen Corona geimpft werden können?*

• **Frage Nr. 724 von Frau JADIN (PFF) an Minister ANTONIADIS zu den Wartelisten für Kinder und Jugendliche bei Psychologen oder Psychiatern**

Auch wenn bald die Sommerferien anstehen, unsere Jugendlichen und Kinder haben einiges mitmachen müssen das es immer noch zu verarbeiten gilt. Selbst wenn nun wichtige Lockerungen verzeichnet wurden, so sind wir dennoch weit von der Normalität entfernt. Vor allem was die sozialen Kontakte angeht, denn die Abstandsregeln gelten weiterhin und auch die Kontaktblase ist noch nicht geplatzt...

Sorglos kann man die aktuelle Situation noch nicht bezeichnen. Passender könnte dieser Begriff kaum sein: Sorglos. Das ist wohl, was wir alle unseren Kindern und Jugendlichen wünschen. Eine sorglose Kindheit und eine sorglose Zukunft. Umso besorgniserregender war es, In einem Artikel vom Le Soir vom 27. Mai zu lesen, dass die Pedopsychologischen Einrichtungen der Region Brüssel seit Januar einen erneuten Anstieg der Nachfragen verzeichnen. In Flandern zählte die Vereinigung der Kinderpsychiater nicht weniger als 24.000 Jugendliche oder Kinder, die auf einen Platz zur Versorgung mentaler Gesundheit warten.

Aus diesem Grund richte ich daher folgende Fragen an Sie, werter Herr Minister:

- *Wie ist der Stand der Dinge in der DG was eventuelle Wartelisten bei Kinderpsychologen, Kinderpsychiatern angeht?*
- *Welche zusätzlichen Aufgaben kommen momentan KALEIDO zu?*

• **Frage Nr. 725 von Frau JADIN (PFF) an Minister ANTONIADIS zu den Lebensmittelbanken der DG - Stand der Dinge**

Am 2. September vergangenen Jahres stellte mein Kollege Herr Freches Ihnen bereits mehrere Fragen, zur Situation der Lebensmittelbanken in der DG. Damals antworteten Sie meinem Kollegen, dass sich die Lage in der DG nach einem Anstieg, wieder eingependelt habe.

⁶ U.a. Grenzecho, 7.6.2021

⁷ <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/corona-kinder-impfung-faq-100.html>

Aus einem aktuellen Bericht des Grenz-Echos, sowie einem Interview, welches im Rahmen des Umzuges des Roten Kreuzes gemacht wurde, geht hervor, dass es einen erneuten Anstieg der Nutzung gegeben hat.

Die Zahlen des föderalen Ministeriums zeigen eine Steigerung von +68%, eine Mitarbeiterin des Roten Kreuzes Eupen spricht von einem Anstieg zwischen 10% und 15% in der letzten Zeit.

Meine Fragen an Sie Herr Minister sind nun folgende:

- *Mussten die finanziellen Hilfen der DG an die Lebensmittelbänke nachjustiert werden?*
- *Gibt es einen Fahrplan, der einen Anstieg der Nachfrage berücksichtigt und weitere Mittel vorsieht?*